

POLITIKVERMITTLUNG DURCH FRAUENZEITSCHRIFTEN?

Popularisierungsstrategien und Konturen frauenpolitisch aktiver Öffentlichkeiten im Wandel

SUSANNE KINNEBROCK

In der öffentlichen Debatte wird mit dem Schlagwort ‚Boulevardisierung‘ ein Qualitätsverlust bei der aktuellen Berichterstattung beschrieben. Die verstärkte Orientierung an Sensationen, Alltäglichkeiten und Prominenten sowie die intensiviertere Berichterstattung über Skandale werden beklagt, eine Entpolitisierung der Medien, ja sogar der Verfall des reflektierten politischen Diskurses konstatiert. Dies hat durchaus weitreichende Konsequenzen, wird doch die Boulevardisierung dafür verantwortlich gemacht, dass die Politikverdrossenheit in der Bevölkerung zu- und das politische Wissen abnimmt (vgl. exemplarisch Jansen 2005). Dieses Negativszenario wird teilweise auch von (kulturpessimistischen) wissenschaftlichen Analysen gestützt, die ein Übergreifen von Medienlogiken auf den Bereich der Politik feststellen, so dass die Demokratie zu einer medienbestimmten und hinsichtlich ihrer politischen Problemlösungskompetenz mediokrinen ‚Mediokratie‘ verkomme (vgl. unter anderem Meyer 2001).

Ein Blick in die Geschichte legt jedoch ganz andere Entwicklungen offen und Interpretationen nahe. Mit dem Aufkommen einer populären Massenpresse in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ging in den Ländern westlicher Prägung eine fundamentale Politisierung einher, die die Herausbildung partizipatorischer und demokratischer Strukturen unterstützte (vgl. Bösch/Frei 2006: 7). Betrachtet man das Medienangebot in Deutschland, so entstanden vor allem mit den Generalanzeigern im Zeitungssegment und Familienblättern sowie Illustrierten im Zeitschriftensegment

auflagenstarke Blätter, die den Namen Massenmedien auch wirklich verdienten. Denn sie richteten sich nicht nur primär an eine Elite aus (Bildungs-)Bürgertum und Adel, sondern an ein breites Publikum. Und mit ihrer bunten Themenpalette und ihrem Bestreben, ‚nützlich‘ Wissen zu vermitteln, erreichten sie nicht nur Männer, sondern wurden auch von Frauen intensiv rezipiert. „Die Massenpresse überführte die Politik in Alltagsgespräche und machte sie damit zu einem wahrnehmungsprägenden Bestandteil des sozialen Lebens“ (Bösch 2006: 27). Obgleich Deutschland bis 1918 eine Monarchie war, setzte noch zur Kaiserzeit ein Demokratisierungsprozess ein, der Männern sogar auf staatlich-institutioneller Ebene gewisse Mitbestimmungsmöglichkeiten einräumte und Frauen an gesellschaftlichen Diskursen zumindest rezeptiv teilhaben ließ. Frank Bösch und Norbert Frei stellen neben „Demokratisierungsschüben“ sogar eine „Fundamentalpolitisierung“ (Bösch/Frei 2006: 7) für diese Zeit fest. Und so erscheint es wenig verwunderlich, dass nach Ende des 1. Weltkrieges die geschlagenen Monarchien durch Republiken ersetzt wurden (vgl. ebd.).

Die mediale Aufbereitung des politischen Geschehens für ein breites Publikum muss demnach nicht zwingend einen Verfall des politischen Diskurses, Interesses und Engagements nach sich ziehen. Die Prozesse sind genauer zu betrachten – vor allem mit Blick auf Frauen, deren Verhältnis zu Politik und öffentlicher Sphäre sich an der Wende von 19. zum 20. Jahrhundert noch völlig anders gestaltete als das von Männern.

Beim Start in das demokratische Zeitalter mussten Frauen nämlich einige zusätzliche Hürden nehmen, die gleichermaßen auf der manifest-juristischen, der sozialen und schließlich auf der Ebene der gesellschaftlichen Diskurse auszumachen sind. Exemplarisch sei hier auf die Verweigerung von Rechten verwiesen (vor allem von Wahlrechten), die miserable Mädchenbildung, aber auch die diskursiv perpetuierte Konzeption des ‚anderen‘ weiblichen Geschlechtscharakters. Dieses im 19. Jahrhundert dominante, letztlich biologistisch begründete Modell ging davon aus, dass Frauen aufgrund ihrer ‚anderen Natur‘ vom rationalen Geschäft der Politik nichts verstünden und vor allem vor der rauen und wettbewerbsorientierten öffentlichen Sphäre zu schützen seien (vgl. Frevert 1995; Hausen 1976).

Der Weg in die Politik war für Frauen also steiniger als für Männer. Und da Frauen den ersten gesellschaftlichen Politisierungsschüben mit ungleich schlechterer Vorbildung gegenüberstanden und darüber hinaus in ihren politischen Aktionsmöglichkeiten restringiert

waren, drängt sich die Frage auf, welche Faktoren es waren, die Frauen im 20. Jahrhundert schließlich eine erweiterte Partizipation am politischen und gesellschaftlichen Geschehen ermöglichten. Ein Faktor war sicherlich eine popularisierte Aufbereitung von Politik in den Medien. Sie fand sich zum einen in der eher unterhaltenden Massenpresse, zum anderen in einer Zeitschriftengattung, deren historische Bedeutung bis heute verkannt wird: die politische Frauenzeitschrift (vgl. Wischermann 1998).

Im Folgenden soll deshalb dargelegt werden, welche Rolle politische Frauenzeitschriften im beginnenden 20. Jahrhundert bei der Popularisierung von Politik spielten. Für den Zeitraum des ausgehenden Kaiserreichs bis hin zum Nationalsozialismus soll herausgearbeitet werden, wie politische Frauenzeitschriften zur Popularisierung von politischem Wissen beitrugen, ‚von unten‘ (*bottom-up*) die Formierung frauenpolitisch aktiver Öffentlichkeiten unterstützten, bei der Entwicklung und öffentlichen Artikulation politischer Frauen-Interessen halfen und wie sie schließlich auch ‚von oben‘ (*top-down*) zur Instruktion und Lenkung von Frauen und ihrem politischen Handeln genutzt wurden.

THEORETISCHER UND HISTORISCHER RAHMEN

POPULARISIERUNG VON POLITISCHEM WISSEN DURCH MEDIEN

Breite politische Partizipation und die Popularisierung von politischem Wissen bedingen sich gegenseitig, bei letzterem spielen Medien eine gewichtige Rolle. Denn in modernen Gesellschaften haben sie einen erheblichen Einfluss darauf, welches Wissen in welchem Maße und wie zur Rezeption, Weiterverarbeitung und Überführung in soziale Praxen angeboten wird. Dabei liegt eine besondere Leistung der Medien darin, nicht nur Informationen in abstrakter Form zur Verfügung zu stellen, sondern mit Hilfe von Vermittlungsstrategien den Transformationsprozess von Information zu Wissen zu unterstützen, so dass schließlich Wissen im Sinne einer „Fähigkeit zum Handeln“ (Stehr 1994: 208) beziehungsweise die Fähigkeit zum politischen Handeln entsteht.

Historische Forschungen zur Verbreitung von (wissenschaftlichem) Wissen weisen darauf hin, dass die Popularisierung von Wissen nicht hierarchisch von oben nach unten – von wissenden Eliten zum unwissenden ‚Fußvolk‘ – verläuft. Popularisierung stellt

vielmehr einen wechselseitigen Kommunikationsprozess zwischen ProduzentInnen und RezipientInnen des Wissens dar, wobei eine neue Form des Wissens generiert wird (vgl. resümierend Kretschmann 2003: 9). Überträgt man diese Befunde auf politische Kommunikation und politisches Wissen, so ist anzunehmen, dass auch hier eine Vermittlungsform Anwendung finden könnte, die allerdings innerhalb der kommunikationswissenschaftlichen Forschung über Massenmedien wenig berücksichtigt wird: die dialogisch-symmetrische. Deshalb wird zu untersuchen sein, inwieweit politische Frauenzeitschriften tatsächlich Austauschforen darstellten, die die gemeinschaftliche Wissenserarbeitung, Interessensfindung sowie Willensbildung unterstützten und somit schließlich zur verstärkten Politisierung beitrugen.

HISTORISCHE AUSGANGSSITUATION: GESELLSCHAFTLICH-POLITISCHE TEILHABEMÖGLICHKEITEN VON FRAUEN IM DEUTSCHEN KAISERREICH

Betrachtet man die Situation von Frauen im ausgehenden 19. Jahrhundert, so waren ihre Möglichkeiten, sich am politischen Diskurs zu beteiligen, in vielerlei Hinsicht eingeschränkt. Zunächst war der Zugang zu politischer Information beeinträchtigt, wobei vor allem ‚weiche‘, das heißt kulturelle, in Diskursen ausgehandelte Grenzen wie beispielsweise ‚Schicklichkeit‘ den Zugang erschwerten. Dies geschah, wenn die Rezeption bestimmter Lektüre und die Beteiligung an dezidiert politischen Debatten als ‚unschicklich‘ apostrophiert wurden (vgl. Engelsing 1973: 135; Engelsing 1974: 338). Darüber hinaus sorgten handfeste rechtliche Regelungen dafür, dass Frauen qua Geschlecht keine solide Vorbildung erhalten konnten, um sich als Akteurinnen auf dem politischen Parkett sicher zu bewegen. Die gymnasiale Bildung blieben ihnen bis 1893, der reguläre Hochschulbesuch bis 1899 versagt (vgl. Frevert 2001: 119f.).

Auch galt für die meisten Frauen in Deutschland ein stark eingeschränktes Versammlungs- und Vereinsrecht. Erst 1908 durften Frauen in Deutschland reichsweit an politischen Versammlungen teilnehmen und Mitglied in politischen Vereinen und Parteien werden. Davor konnten – abhängig vom jeweiligen Landesrecht – politische Versammlungen polizeilich aufgelöst werden, sobald sich Frauen daran beteiligten, sowie Frauenvereine verboten werden, wenn ihre Zielrichtung eine politische war

(vgl. Gerhard 1997: 526-534). Zeitweise waren sogar die Möglichkeiten der öffentlichen Artikulation via Presse eingeschränkt. Die so genannte *Lex Otto* (1851-1874) untersagte es Frauen in Sachsen, als Herausgeberinnen oder verantwortliche Redakteurinnen tätig zu werden (vgl. Wischermann 1998: 108-112). Dass unter diesen Umständen auch politische Wahlrechte nicht gewährt wurden, erstaunt nicht weiter. Die Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland 1918/19 kann als ein eher unerwartetes Geschenk der Revolution angesehen werden (vgl. Rosenbusch 1998: 455-473).

Wie bereits angedeutet, war das ausgehende 19. Jahrhundert nicht nur eine Zeit, in der Frauen auf vielfältige Weise von der politischen Partizipation, dem politischen Diskurs, ja sogar von der gesamten öffentlichen Sphäre ferngehalten wurden. Es war gleichermaßen eine Zeit der Politisierung und Demokratisierung, der Industrialisierung, welche auch vermehrt außerhäusliche Frauenerwerbsarbeit mit sich brachte, und schließlich der Medialisierung der Gesellschaft. Denn bereits im Kaiserreich wurden Politik und Gesellschaft zunehmend über die Presse wahrgenommen, während sich gleichzeitig politische und gesellschaftliche AkteurInnen medialen Inszenierungsregeln beugen mussten (vgl. Nipperdey 1990: 797-811; Bösch 2006). Und im Zuge dieser Prozesse waren Frauen nicht nur passiv Betroffene, sondern auch aktive Mitgestalterinnen, wobei es vor allem Frauenrechtlerinnen waren, die im Rahmen der sich formierenden Frauenbewegung ihre politischen Belange öffentlich artikulierten. Sie taten dies überwiegend in ihren – vermeintlich unpolitischen – Vereinsversammlungen und in ihren Vereinszeitschriften.

POLITIKBEGRIFFE

Diese von der Forschung bislang vernachlässigten Vereinszeitschriften stellten durchaus politische Medien dar, wenn man nicht den im deutschen Sprachraum dominanten engen gouvernementalen Politikbegriff, sondern den weiten angelsächsischen zugrunde legt. Letzterer berücksichtigt neben dem formalen Rahmen von Politik samt Institutionengefüge (*polity*) und den Inhalten (*policy*) von Politik auch den politischen Prozess (*politics*), der das Aushandeln und Durchsetzen politischer Ziele durch unterschiedlichste (gesellschaftliche) Akteurskonstellationen umfasst. Da hierzulande traditionelle Politikdefinitionen auf das politisch-administrative Systems abstellen (das heißt auf die *Polity*-Dimension), fokussieren

sie primär auf das Agieren der – damals weitgehend frauenfreien – Institutionen Exekutive, Parlament und Parteien (vgl. Lang 2004: 69). Frauen gerieten so allenfalls als passive Leistungsempfängerinnen in den Blick. Angelsächsische Politikdefinitionen berücksichtigen stärker die *Politics*-Dimension, so dass Politik als ein „stetiger Interaktionsprozess“ erscheint, „in dem Akteure ihre divergierenden Interessen aushandeln“ (Dörner/Vogt 1994: 165). Wenn man den Prozess des öffentlichen Aushandelns von Lebensverhältnissen zwischen unterschiedlichsten AkteurInnen als einen Teil von Politik begreift, dann erkennt man auch die politische Zielrichtung einer Vielzahl von Frauenzeitschriften, die im Kaiserreich und in der Weimarer Republik gegründet wurden. Denn sie debattierten intensiv darüber, was denn Fraueninteressen seien und wie sich die Situation von Frauen generell verbessern ließe – sei es im Beruf, in der Kirche und im Bildungsbereich oder gar im zivilen und öffentlichen Recht.

Legt man nun einen weiten Politikbegriff zugrunde und berücksichtigt man infolge dessen auch all die Frauenmedien, die sich mit der Situation von Frauen im gesellschaftlichen Kontext beschäftigten, dann lässt sich auch der vermeintliche Widerspruch zwischen dem formalen Ausschluss von Frauen aus der politisch-administrativen Sphäre einerseits und ihrer verstärkten Teilnahme am politischen Diskurs andererseits auflösen. Denn Massenmedien – so meine These – entwickelten eine umso größere Bedeutung für die Rezeption von politischem Wissen, seine Weiterverarbeitung und seine Überführung in soziale Praxen, je ausgeprägter der formale Ausschluss von den Macht- und Wissensressourcen einer Gesellschaft war. Demzufolge kam politischen Frauenzeitschriften gerade im ausgehenden Kaiserreich eine besondere Rolle bei der Vermittlung politischen Wissens zu. Sie schufen eine wichtige Grundlage dafür, dass Frauen erweiterte gesellschaftliche und politische Partizipationsmöglichkeiten einforderten und (später) auch wahrnahmen.

ENTWICKLUNG POLITISCHER FRAUENZEITSCHRIFTEN

Im deutschsprachigen Raum können Periodika speziell für Frauen inzwischen auf eine fast 300jährige Tradition verweisen, wobei sich bereits die frühen Frauenzeitschriften des 18. Jahrhunderts der Popularisierung von Wissen verschrieben hatten. Sie standen

noch ganz in der Tradition der Moralischen Wochenschriften und wollten gleichermaßen belehren und unterhalten. Nützliche Wahrheiten – so die Diktion der Zeit – sollten auch unter die Frauen gebracht werden. Über 100 deutschsprachige Frauenzeitschriften lassen sich allein für das 18. Jahrhundert nachweisen (vgl. Weckel 1998: 599-605), und mit der Vervielfältigung der Titel ging auch die Herausbildung von Subtypen einher.

Doch lassen sich all diese Subtypen, die sich dann im Laufe des 18. und vor allem 19. Jahrhunderts entwickelten – all die verschiedenen Mode-, Handarbeits- und Hausfrauenzeitschriften, sowie die Literaturzeitschriften, Kalender und Special-Interest-Zeitschriften für Frauen – schwerlich als politisch identifizieren. Deshalb wurden für die folgende Analyse nur solche Periodika berücksichtigt, die mindestens vierteljährlich erschienen, sich gezielt an erwachsene Frauen richteten und deren redaktionelle Inhalte überwiegend politisch waren, das heißt, die bei der Auseinandersetzung mit dem weiblichen Lebenszusammenhang Veränderungsmöglichkeiten der sozialen Lebenssituation von Frauen und/oder ihre Partizipation am Gemeinwesen thematisierten (und damit eher die Policy- und Politics- als die Polity-Dimension akzentuierten).

Somit wurden alle Blätter als ‚politische Frauenzeitschrift‘ erfasst, die Frauen beim Zurechtfinden in der öffentlichen Sphäre halfen – sei es in der Erwerbswelt (zum Beispiel Berufszeitschriften), bei der Sozialarbeit für das Gemeinwesen (karitative Frauenzeitschriften), aber auch außerhäuslichen Gemeindearbeit (kirchliche Frauenzeitschriften) oder schließlich beim Engagement in Frauenvereinen, politischen Vereinen und Parteien.

Dabei fiel auf, dass seit Erscheinen der ersten Frauenzeitschriften bis zur Reichsgründung insgesamt nur 19 politische Frauenzeitschriften nachweisen ließen – trotz der Revolution von 1848/49 und einer zunehmenden Erwerbstätigkeit von Frauen auch in den ersten beiden Dritteln des 19. Jahrhunderts.¹ Frauenzeitschriften, die sich überwiegend dem Themenkreis ‚Frau und öffentliche Sphäre‘ widmeten, scheinen vor allem ein Phänomen des ausgehenden

1 Grundlage für die folgenden Zahlen und Ausführungen bilden zwei Forschungsprojekte, die von der Ludwig-Maximilians-Universität München (2003/2004) und von der Universität Erfurt (2005/2006) gefördert wurden. Im Rahmen der Projekte wurde der Gesamtbestand an politischen Frauenzeitschriften bis 1945 systematisch erfasst und eine Zeitschriftenbibliographie erstellt.

19. und beginnenden 20. Jahrhunderts gewesen zu sein. Deshalb scheint im Folgenden die Konzentration auf die Zeit von 1871 bis 1945 angeraten.

POLITISCHE FRAUENZEITSCHRIFTEN ZWISCHEN 1871-1945

Die These, dass Massenmedien gerade dann, wenn der formale Ausschluss von den Macht- und Wissensressourcen einer Gesellschaft besonders eklatant war, eine umso größere Bedeutung für die Vermittlung politischen Wissens entwickelten, lässt sich zunächst einmal quantitativ bestätigen: durch die Vielzahl und Vielfalt neu gegründeter politischer Frauenzeitschriften.

Politische Frauenzeitschriften stellten im ausgehenden 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts keineswegs nur Ausnahmerecheinungen dar. Insgesamt 389 verschiedene Titel konnten für den Zeitraum von 1871 bis 1945 identifiziert werden², wobei die politische Frauenzeitschrift vor allem im Deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik eine Blütezeit erlebte. Unter nationalsozialistischer Herrschaft wurden dann 30 Blätter gegründet. Berücksichtigt man zudem, dass bis zu 150 politische Frauenzeitschriften parallel zur gleichen Zeit erschienen (bei einer Höchstzahl von knapp 7.000 Zeitschriftentiteln im Jahr 1914, vgl. Wilke 2000: 276f.), dann wird deutlich, dass politische Frauenzeitschriften damals ein beachtliches Segment im Zeitschriftenmarkt bildeten.

Primär anhand der Träger und sekundär anhand der inhaltlichen Ausrichtung lassen sich für den Zeitraum von 1871 bis 1945 folgende acht Gruppen von politischen Frauenzeitschriften differenzieren. Da die acht identifizierten Zeitschriftengruppen

2 Aufnahme fanden dabei nur eigenständig erscheinende Zeitschriften für Frauen, keine Beilagen. Ebenso wurden Periodika, die ihren Titel änderten, aber die Jahrgangszählung beibehielten, nur als ein Titel gezählt. Bei weniger restriktiver Zählweise hätte sich die Zahl der Titel noch deutlich erhöht. Weiterhin ist festzuhalten, dass die Anzahl an politischen Frauenzeitschriften nicht als endgültig angesehen werden kann, da im Rahmen künftiger historischer Forschungen sicher noch weitere politische Frauenzeitschriften ausfindig gemacht werden dürften.

zu unterschiedlichen Zeiten ihre Blüte erlebten, sollen sie hier in weitgehend chronologischer Folge vorgestellt werden. Am Anfang des Kaiserreichs florierten zunächst:

1. Frauenzeitschriften von sozialen Hilfseinrichtungen, die zum Beispiel die Pflege von Kriegsversehrten aus dem Deutsch-Französischen-Krieg von 1870/71 organisierten („karitative Frauenzeitschriften“), gefolgt von
2. Frauenzeitschriften von Berufsorganisationen und Gewerkschaften, die sich vorrangig Erwerbsfragen widmeten („Berufszeitschriften“), und um die Jahrhundertwende schließlich die
3. Frauenzeitschriften der Frauenbewegung und ihrer Organisationen oder Frauenzeitschriften, die zwar nicht von Frauenvereinen getragen wurden, aber dennoch emanzipatorische Ziele verfolgten („feministische Frauenzeitschriften“).

Gewissermaßen als Reaktion auf dieses neue Segment im Zeitschriftenmarkt, das sich an Frauen in Berufsarbeit, Frauenorganisationen und Sozialarbeit richtete und damit letztlich diese Frauen dem kirchlichen Einfluss zu entziehen drohte, reagierten die Kirchen mit einer Vielzahl von

4. Frauenzeitschriften für Sozialarbeit innerhalb der Kirchen beziehungsweise Blätter der kirchlichen Frauenvereine („kirchliche Zeitschriften“) und mit
5. Frauenberufszeitschriften („kirchliche Berufszeitschriften“).³

Ebenfalls als Reaktion auf die zumeist liberal orientierten feministischen Blätter, die in der Regel nicht nur die bestehenden Geschlechterverhältnisse, sondern darüber hinaus die autoritären politischen Verhältnisse in Frage stellten, entwickelten sich:

6. Frauenzeitschriften, die politisch konservativen, zum Teil auch ‚antifeministischen‘ Frauenorganisationen oder politisch konservativen (Männer-)Vereinen nahe standen, aber nicht explizit

3 Nicht berücksichtigt wurden solche Zeitschriften der Kirchen, die sich zwar an Frauen richteten, sie aber primär in ihren ‚häuslichen‘ Rollen als Hausfrauen, Ehefrauen oder Mütter ansprachen.

eine bestimmte politische Partei unterstützten oder von einer Partei getragen wurden („konservative Frauenzeitschriften“), und

7. Frauenzeitschriften der Hausfrauenverbände („Hausfrauen-Vereinszeitschriften“), die ähnlich wie die konservativen Frauenzeitschriften die bestehenden Geschlechterverhältnisse nicht grundsätzlich infrage stellten, aber für eine Aufwertung der tradierten Hausfrauenrolle öffentlich stritten.

Zuletzt seien noch erwähnt die:

8. Frauenzeitschriften der politischen Parteien und solche parteinahen Frauenzeitschriften, die zu tagespolitischen Fragen regelmäßig Stellung bezogen, auch wenn keine formale Bindung an eine politische Partei bestand („parteinahe Frauenzeitschriften“). Sie erlebten in der Weimarer Republik eine Blütezeit, als die Parteien um eine neue Klientel, die Wählerinnen, warben.

Auffällig ist, dass die meisten politischen Frauenzeitschriften nicht von politischen Parteien gegründet worden waren beziehungsweise ihnen nahe standen, dies betraf insgesamt nur 18%. Die größte Zahl an Titeln findet sich vielmehr bei den Berufszeitschriften, also solchen Blättern, deren politisches Potenzial darin lag, Frauen im Erwerbsleben mit Informationen und Ratschlägen zur Seite zu stehen, dies waren 24%. Rechnet man die Berufszeitschriften der Kirchen (9%) noch zu den religiös ungebundenen Berufszeitschriften dazu, dann sind immerhin ein Drittel der politischen Frauenzeitschriften den Berufszeitschriften zuzuordnen. Die zweitgrößte Gruppe bildeten die Zeitschriften der Frauenbewegung (22%) gefolgt von kirchlichen Zeitschriften (12%, beziehungsweise 21% inklusive kirchlicher Berufszeitschriften). Relativ klein war das Segment derjenigen Blätter, die eher eine traditionelle Rollenverteilung unterstützten und tendenziell konservative Zielgruppen bedienten (karitative Frauenzeitschriften: 5%, konservative Frauenzeitschriften: 4% und Zeitschriften der Hausfrauenvereine: 6%) (vgl. Abbildung).

So vielfältig die Versuche dieser Frauenzeitschriften waren, Fraueninteressen zu artikulieren und Frauen beim Agieren in der öffentlichen Sphäre Hilfestellung zu leisten, so schwer fällt zuweilen der Vergleich dieser sehr unterschiedlichen Blätter. Denn darunter befinden sich auch zahlreiche Frauenzeitschriften, die zwar handlungsrelevante politische Information für Frauen enthielten,

aber das politische Tagesgeschehen weitgehend ignorierten. Zum Beispiel wurden in den zahlreichen Zeitschriften für Lehrerinnen die staatlich verordneten Schulreformen und ihre Folgen intensiv diskutiert. Gesetzes- und Verordnungstexte wurden Paragraph für Paragraph analysiert und auf ihre Bedeutung für den Berufsalltag hin überprüft. Politische Wendepunkte hingegen – zum Beispiel die Wahl zur Nationalversammlung 1919, an der Frauen sich erstmals beteiligen konnten, oder die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten 1933 – wurden in solchen Berufszeitschriften weitgehend ausgeblendet. Das heißt, die Blätter konzentrierten sich auf politische Spezialthemen, die für die jeweilige Zielgruppe Relevanz besaßen, während aktuelles politisches Geschehen, vor allem das Agieren von zentralen politischen Institutionen, kaum thematisiert wurde.

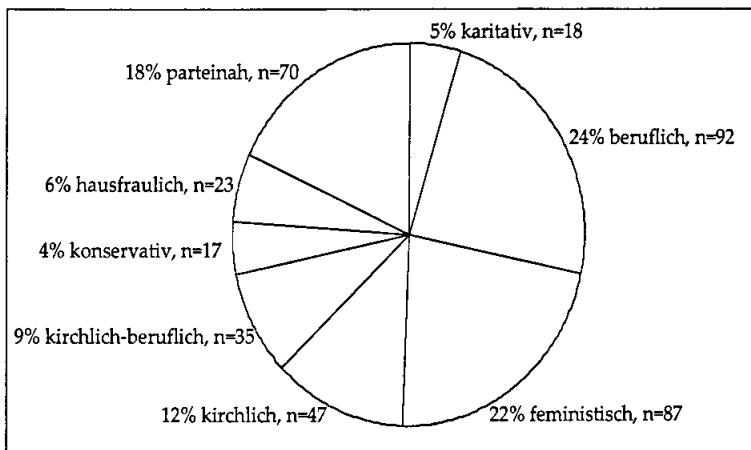


Abbildung: Klassifikation politischer Frauenzeitschriften 1871-1945 (N= 389)

Ein zumindest ähnlicher Themen- und Ereignishintergrund ist aber Voraussetzung, will man die Vermittlungs- und Popularisierungsstrategien politischer Frauenzeitschriften vergleichend untersuchen. Und damit tut sich ein gewisses Dilemma auf: Einerseits wurde hier anfangs ein breiter Politikbegriff zugrunde gelegt, um weibliche Formen der gesellschaftlichen und politischen Partizipation und ihre medialen Repräsentationen adäquat und umfassend zu erfassen. Andererseits legten die zeitgenössischen (tages-)aktuellen

Medien in ihrer Berichterstattung ein enges gouvernementales Verständnis von Politik zugrunde. Die Tageszeitungen und politischen Zeitschriften stellten das Handeln zentraler Institutionen und Akteure der Exekutive, Legislative und Judikative in den Mittelpunkt ihrer Berichterstattung (vgl. auch Bösch 2006: 34f.) und setzten damit eine Agenda, die zum einen Frauenzeitschriften mit politischem Aktualitätsanspruch nicht ignorieren konnte und die zum anderen die Grundlage einer vergleichenden Analyse von Vermittlungsstrategien bildet. Denn letztere lassen sich nur unter der Voraussetzung desselben Ereignishintergrundes herausarbeiten – ansonsten liefe man Gefahr, die Vielfältigkeit der Themen anstelle der Verschiedenartigkeit der Vermittlungsstrategien zu erheben.

Deshalb wurden für die weitere Analyse nur solche Blätter herangezogen, die politische Partizipationsfragen und tagesaktuelles politisches Geschehen tatsächlich regelmäßig thematisierten – nämlich feministische, parteinahe und konservative Frauenzeitschriften – insgesamt 174 Titel, die im Folgenden als ‚politisch-aktuelle Frauenzeitschriften‘ bezeichnet werden sollen.

Für diese 174 Titel wurde in einem nächsten Schritt eine funktionsbasierte Typologie erstellt (vgl. zum Verfahren Mayring 2002, zu seiner konkreten Ausgestaltung Kinnebrock 2007).⁴ Dabei ließen sich acht Typen von politisch-aktuellen Frauenzeitschriften identifizieren:

4 Dabei erfolgte die Typenbildung auf der Grundlage von Inhalten (Themen), medialen Spezifika (Format, Erscheinungsweise, Umfang und der Anteil an Illustrationen) und schließlich Medienfunktionen. Als Medienfunktionen wurden sowohl für rezipientenorientierte Funktionen beziehungsweise Bedürfnisse (Umweltbeobachtung, Orientierung, Umweltverständnis, Meinungsbildung, Orientierung/Normbestätigung, Integration/soziale Einbindung, organisatorische Einbindung, Vermittlung von Erfahrung, Rekreation/Unterhaltung, Ablenkung/Realitätsflucht, Zeitvertreib, emotionale Erlebnisse, soziale Interaktion, Sachberatung/Service, Lebenshilfe/Verhaltenshinweise, ästhetische Erbauung, vgl. Rubin 2002; Schenk 2002; Röser 1992; Tonscheidt 1996) Indikatoren gebildet wie auch für politisch-gesellschaftliche Medienfunktionen (Information, Herstellung von Öffentlichkeit/Artikulation, Bildung/Wissensvermittlung, Instruktion, Lenkung, Kritik und Kontrolle, Soziale Orientierung, Sozialisation, Integration, Mobilisierung, vgl. zusammenfassend McQuail 2001: 81; Burkart 2002: 378-402).

1. Frauenbewegungszeitschriften wie zum Beispiel *Die Frauenbewegung* (1895-1919) und *Die Gleichheit* (1892-1923)
2. Gesellschafts- und emanzipationstheoretische Zeitschriften wie *Die Frau* (1893-1944)
3. reine Mitteilungsblätter von Organisationen der Frauenbewegung wie das *Mitteilungsblatt des Bundes Deutscher Frauenvereine* (1922-1933)
4. Frauen-Rundschauzeitschriften, die ähnlich wie zeitgenössische Rundschauzeitschriften eine breite Palette an aktuellen politischen, kulturellen und wissenschaftlichen Themen anboten und diese von ExpertInnen vertieft und für ein bereits sachkundiges Publikum behandeln ließen. Allerdings legten Frauen-Rundschauzeitschriften dabei die Perspektive von Frauen zugrunde. Beispiele sind die *Frauen-Rundschau* (1903-1922) und *Die Frau im Staat* (1919-1933).
5. Monothematische politische Frauenzeitschriften wie *Der Abolitionist* (1902-1933)
6. Politische Frauenillustrierte wie die *Frauenwelt* (1924-1933) der SPD, die der KPD nahe stehende *Illustrierte der Weg der Frau* (1931-1933) und schließlich die *NS-Frauenwarte* (1932-1945)
7. Mobilisierungs- und Schulungszeitschriften der Parteien wie zum Beispiel die *Arbeitsbriefe der NS-Frauenschaft und des Deutschen Frauenwerk, Gau Magdeburg-Anhalt* (1939-1944) und die *Arbeitsanregungen für die Kindergruppen der NS-Frauenschaft Gau Bayreuth* (1943-1944)
8. Frauenkorrespondenzen der Parteien, die Pressemitteilungen ähnelten und sowohl die Organisationseinheiten der jeweiligen Parteien als auch die Tagespresse regelmäßig über aktuelle frauenpolitische Aktivitäten, Entscheidungen und Stellungnahmen informierten. Exemplarisch seien hier die *Frauenkorrespondenz für nationale Zeitungen* (1919-1933) der Deutschnationalen Volkspartei und die *Amtliche Frauen-Korrespondenz* (1933-1934) der NSDAP erwähnt.

Zur weiteren Analyse wurden die 14 hier bereits genannten prototypischen Blätter durchgesehen, wobei sich die Ergebnispräsentation vor allem auf folgende Blätter stützt: auf die beiden Frauenbewegungszeitschriften *Die Gleichheit* und *Die Frauenbewegung* sowie das emanzipationstheoretische Blatt *Die Frau* als Prototypen der politisch-aktuellen Frauenzeitschrift des Kaiserreichs, die Polit-Illustrierten *Frauenwelt* und *Weg der Frau* als Prototypen der politisch-aktuellen Frauenzeitschrift der Weimarer Republik und die beiden Mobilisierungs- und Schulungszeitschriften der NSDAP *Arbeitsbriefe der NS-Frauenschaft* und *des Deutschen Frauenwerk*, *Gau Magdeburg-Anhalt* und die *Arbeitsanregungen für die Kindergruppen der NS-Frauenschaft Gau Bayreuth* als Prototypen der politisch-aktuellen Frauenzeitschrift im Nationalsozialismus.

VERMITTLUNGSSTRATEGIEN:

BOULEVARDESK VERSUS AUFKLÄRERISCH

„Boulevardeske“ Vermittlungsstrategien

Betrachtet man aktuelle Forschungen, die – oft unter dem Schlagwort ‚Boulevardisierung‘ – den Wandel von (politischer) Berichterstattung untersuchen (vgl. exemplarisch Bernhard/Scharf 2008; Marcinkowski et al. 2001; Donsbach/Büttner 2005; Hoffmann 2001; Krüger/Zapf-Schramm 2001; Kepplinger 1998), dann werden in der Regel mindestens vier Phänomene genauer in den Fokus genommen: Visualisierung, Dramatisierung beziehungsweise Emotionalisierung, Personalisierung und der (mutmaßlich vermehrte) Anteil an nicht-politischen Themen (vgl. zusammenfassend auch Pürer 2003: 154-160; Dulinski 2003: 233-281). Bei den nicht-politischen Themen handelt es sich häufig um solche, die dem Alltag des Publikums entnommen sind.

Mithilfe dieser Kriterien lassen sich auch die frühen politisch-aktuellen Frauenzeitschriften daraufhin analysieren, wie stark diese boulevardesken Vermittlungsstrategien im redaktionellen Teil eingesetzt wurden. Insgesamt ergab sich dabei das Bild einer recht schwach ausgeprägten Boulevardisierung. Visualisierungen, also Bilder, Infographiken und deutlich herausgestellte Überschriften wurden zum Beispiel kaum gezielt eingesetzt, um auf Inhalte aufmerksam zu machen oder ihre Rezeption zu erleichtern. Visuelle Elemente hatten – durchaus zeittypisch – eher eine Dekorfunktion. Gängig war zum Beispiel weiterhin die aufwändige graphische

Gestaltung des ersten Buchstabens eines Artikels oder Abschnitts. Bezeichnend ist, dass selbst die Polit-Illustrierten der 1920er Jahre noch stark auf Dekor setzten und reißerische Bilder und übermäßig herausgestellte Schlagzeilen die Ausnahme darstellten. Somit wurde in politisch-aktuellen Frauenzeitschriften keineswegs stärker visualisiert als in vergleichbaren politischen Zeitschriften, die sich an ein gemischtes Publikum richteten. Auch Dramatisierungen fanden sich in den hier analysierten Zeitschriften allenfalls in Form von fiktionalen Narrationen im Feuilleton. Dort wurden sie aber reichlich eingesetzt. Denn fast alle politischen Frauenzeitschriften – nicht nur die feministischen, konservativen und parteinahen – leisteten sich ein Feuilleton, das primär der Unterhaltung diene. Personalisierung lässt sich insofern nachweisen, als Porträts eine gern eingesetzte Darstellungsform darstellten. Alltagsthemen hingegen fanden erst zu einem relativ späten Zeitpunkt Eingang in politische Frauenzeitschriften. Sie sind vor allem in den Polit-Illustrierten seit der Weimarer Republik nachweisbar.

Es ist bemerkenswert, dass sich diese ‚klassischen‘ Strategien der unterhaltsamen und populären Gestaltung von redaktionellen Medieninhalten kaum im politischen Teil der politisch-aktuellen Frauenzeitschriften niederschlugen. Sie kamen primär im Feuilleton zum Einsatz. Eine gewisse Ausnahme stellen hier allenfalls die Polit-Illustrierten für Frauen dar, die boulevardeske Stilmittel und Vermittlungsstrategien auch bei der Präsentation politischer Inhalte einsetzten.

„Aufklärerische“ Vermittlungsstrategien

Allerdings sollte zwischen dem Alltag als Thema und dem Herstellen von Bezügen zwischen Alltag und politischem Geschehen differenziert werden. Letzteres war ein gängiges Stilmittel, mit dem die politisch-aktuellen Frauenzeitschriften operierten. Die Blätter bemühten sich sehr, Implikationen der ‚großen Politik‘ für den Alltag herauszuarbeiten, wenn sie zum Beispiel abstrakte wirtschaftspolitische Entscheidungen über Schutzzölle in konkrete Preiserhöhungen für Hausfrauen umrechneten, wie das vor allem das Organ der proletarischen Frauenbewegung *Die Gleichheit*, aber auch die feministische *Frauenbewegung* taten.

Darüber hinaus enthielten diese Blätter Hilfestellungen für Frauen, die hier als praktische Handreichungen bezeichnet werden sollen.⁵ Beispielsweise druckte *Die Frauenbewegung* – und der Name dieser Halbmonatsschrift war auch Programm – vorgefertigte juristische Argumentationen ab, mit deren Hilfe sich Frauen bereits 1906, also lange bevor sie tatsächlich das Wahlrecht erhielten, für die Kommunalwahlen zumindest registrieren lassen sollten. Diese Handreichungen zielten klar auf eine politische Aktivierung und die Förderung des Handlungsvermögens von Frauen.

Eine weitere Besonderheit politischer Frauenzeitschriften sind Hilfestellungen zur kognitiven Wissensbildung. Darunter fallen zunächst einmal ganz einfache Erläuterungen fremdsprachiger Fachtermini, die zum Beispiel das Blatt für Arbeiterinnen *Die Gleichheit* in Klammern hinter das Fremdwort setzte, oder auch Lektüre-Ratschläge, wobei vor allem einfache Literatur, die das grundsätzliche politische Verständnis fördern sollte, empfohlen wurde.

Und schließlich ist die Versorgung mit Hintergrundinformationen eine wichtige Leistung, die diese Blätter erbrachten. So reagierte zum Beispiel die emanzipations- und gesellschaftstheoretische Zeitschrift *Die Frau* auf die Entscheidung von 1908, Frauen das volle Vereinsrecht und damit auch die Parteimitgliedschaft zu gewähren, mit einem dreiteiligen Hintergrundbericht über die Geschichte der Parteien, der sich über drei Ausgaben der Monatsschrift erstreckte und insgesamt rund 50 Seiten umfasste.

Eine weitere ‚aufklärerische‘ Vermittlungsstrategie ist die Akzentuierung dialogischer Elemente. *Die Frauenbewegung* beispielsweise veröffentlichte 1908 anlässlich der neuen Möglichkeit, in Parteien einzutreten, eine umfangreiche Debatte, die sich aus LeserInnenbriefen, Stellungnahmen der Redaktion und wiederum LeserInnenrepliken zusammensetzte. Darin wurde die Ernsthaftigkeit der Parteien, Frauen aufzunehmen und ihre Belange tatsächlich zu berücksichtigen, von Redakteurinnen, Leserinnen, aber auch von etablierten Politikern – auch Leser der *Frauenbewegung* – debattiert.

Dies verweist auf eine Besonderheit von politisch-aktuellen Frauenzeitschriften im Kaiserreich. Die dialogische Struktur, die vor allem in den – manchmal sehr unprofessionellen – Zuschriften von Leserinnen ihren Ausdruck fand, deutet darauf hin, dass diese

5 Diese Handreichungen können durchaus als ein Service angesehen werden, der heute als eine Form des Nutzwertjournalismus (*news to use*) neue Wertschätzung erfährt (vgl. Fasel 2004).

Blätter zunächst einmal als ein Bindeglied zwischen privater und öffentlicher Sphäre fungierten (vgl. auch Wischermann 2003: 268f.). Und die im Privaten oder in der direkten Face-to-face-Auseinandersetzung üblichen Kommunikationsmodi wurden durchaus noch in den politischen Frauenzeitschriften gepflegt. Dies wird unter anderem in den zuweilen recht sprunghaft argumentierenden und persönlich gehaltenen Zuschriften von Leserinnen erkennbar, deren Sprachduktus stark an persönliche Auseinandersetzungen erinnert, wie sie damals in privaten Briefen und in persönlichen Gesprächen ausgetragen wurden.

Die dialogische Struktur der Kommunikation zeigt sich aber auch daran, dass die verschiedenen politisch-aktuellen Frauenzeitschriften des Kaiserreichs stark aufeinander Bezug nahmen. Das heißt, sie initiierten nicht nur Dialoge und zuweilen einen Rollentausch zwischen Redaktion und Leserinnen, sondern waren auch Trägerinnen von Debatten zwischen verschiedenen politischen Frauenzeitschriften. Auf diese Weise entstand ein Diskussionsraum, der Anschluss an die Privatsphäre einerseits, aber zuweilen auch an die komplexe Öffentlichkeit andererseits hatte (vgl. auch Wischermann 2003: 261-269). Versucht man diesen Raum entlang des Öffentlichkeitsmodells von Gerhards und Neidhardt (1991) und seiner Anwendung auf frauenspezifische Öffentlichkeiten (vgl. Klaus 1994; Wischermann 2003) zu verorten, dann handelt es sich um einen Diskussionsraum, der primär auf mittlerer Ebene anzusiedeln ist und als ‚Frauenbewegungsöffentlichkeit‘ umschrieben werden kann.⁶

VERMITTLUNGSSTRATEGIEN IM WANDEL DER ZEIT

Die Kaiserzeit

Die hier angeführten Beispiele für ‚aufklärerische‘ Vermittlungsstrategien stammen alle aus der Zeit des Kaiserreichs. Und dies ist kein Zufall. Denn zu dieser Zeit stand tatsächlich die ‚Aufklärung‘

6 Auch wenn sich vor allem die konservativen Frauenzeitschriften und ihre Trägervereine deutlich von den Zielen der Frauenbewegung abgrenzten, so können sie doch als eine (oppositionelle) Teilöffentlichkeit innerhalb der Frauenbewegungsöffentlichkeit konzipiert werden. Denn zentraler Referenzpunkt blieben die zuweilen heftig kritisierten Aktivitäten der Frauenbewegung.

im Kantschen Sinne im Vordergrund: Frauen sollten befähigt und ermuntert werden, sich ihres eigenen Verstandes zu bedienen. Deswegen wurden relevante Zusatzinformationen für politisch interessierte und aktive Frauen bereitgestellt, deshalb wurde das politische Geschehen aus Frauenperspektive kommentiert und darum wurde versucht, im Dialog mit den Leserinnen praktisches und theoretisches Wissen zu generieren. Dorothee von Velsen, eine bürgerliche Frauenrechtlerin und liberale Politikerin hat die Bedeutung der zentralen emanzipationstheoretischen Frauenzeitschrift *Die Frau* in ihren Memoiren folgendermaßen umrissen:

Was die Monatsschrift *Die Frau* für uns bedeutete, kann die heutige Generation kaum ermessen. Es war ein Kampfblatt, und wir standen im Kampf. Es gab kein Gebiet des Frauenlebens, zu dem nicht Stellung bezogen wurde. [...] Jeden Monatsersten schauten wir nach der Nummer aus, verschlangen sie vom ersten bis zum letzten Buchstaben und stürzten davon, sie mit gleichgestimmten Seelen zu erörtern (Velsen 1956: 109).

Die Weimarer Republik

In der Weimarer Republik hingegen kam es zu einer Fragmentierung der ‚Frauenbewegungsöffentlichkeit‘, wobei dies zum großen Teil auf parteipolitischen Einfluss zurückzuführen ist. Beim Versuch, die neuen Wählerinnen an sich zu binden, versuchten die Parteien zunächst, bestehende Frauenvereine samt ihrer Zeitschriften an sich zu binden. Dies gelang in beachtlichem Maße, denn ein Großteil der prominenten Frauenrechtlerinnen und Herausgeberinnen engagierte sich in den Parteien (vgl. Frevert 2001: 167). Die Einbindung von Aktivistinnen der Frauenbewegung in die Parteien hatte allerdings zur Folge, dass zusätzliche Kontroversen in die Frauenbewegung beziehungsweise in ihre Blätter getragen wurden (vgl. zu den ‚zentrifugalen Tendenzen‘ in der Frauenbewegung Schaser 2006: 97-109). Neben feministische Dispute traten nun auch parteipolitisch motivierte. Bezeichnend ist, dass die verschiedenen Strömungen der Frauenbewegung im Kaiserreich – sozialistisch, bürgerlich-radikal, bürgerlich-gemäßigt, evangelisch, katholisch und konservativ – immer noch Bezug aufeinander genommen hatten, so dass eine Debatte über die Lage von Frauen und deren

Verbesserung über verschiedene Blätter hinweg aufrecht gehalten wurde. Dieser Diskurs zerfiel in Weimarer Zeiten jedoch in mehrere fragmentierte Teildiskurse.

Die ökonomischen Krisen der Weimarer Republik beschleunigten den Zerfall einer gemeinsamen ‚Bewegungsöffentlichkeit‘ weiter. Denn unter dem Druck der Hyperinflation 1922/23 und der Weltwirtschaftskrise seit Ende 1929 mussten zahlreiche Frauenzeitschriften das Erscheinen einstellen (vgl. Kinnebrock 2007: 24). Neugründungen wiederum erfolgten in der Weimarer Republik zum großen Teil unter (männlicher) Parteiägide und mit etwas anderer thematischer, ästhetischer und funktionaler Ausrichtung. Der Prototyp der politisch-aktuellen Frauenzeitschrift war seit Mitte der 1920er Jahre die *Polit-Illustrierte für Frauen*. Diese *Illustrierten* waren populärer aufgemacht als die nun ‚altmodischen‘ Bewegungszeitschriften. Sie besaßen ein modernes Layout und erweiterten ihre Themenpalette um ‚klassische Frauenthemen‘ wie unter anderem Haushalt, Mode, Wohnen und menschliche Beziehungen. Zudem enthielten sie mehr politische Information im engeren Sinne. Ereignisse rund um das Staats-, Regierungs- und Parteienhandeln rückten zunehmend in den Mittelpunkt, wobei – ganz im Trend der Zeit (vgl. Fulda 2006) – einseitige Kommentierung und konkrete politische Instruktion stärker akzentuiert wurden. Und damit weisen die Blätter Merkmale auf, die gleichermaßen als Teil eines verstärkten Popularisierungs-, aber auch Politisierungsprozesses gefasst werden könnten.

Dennoch – und dies sei herausgestellt – traten Vermittlungs- und Diskursfunktion gleichzeitig in den Hintergrund. Der politische sowie feministische Diskurs verlor zwischen Hausfrauenecke und politischer Instruktion an Substanz. Als ein Indikator dafür können mutmaßlich fingierte Leserinnenbriefe angesehen werden, die zunehmend echte Leserinnenzuschriften ersetzten. In der Endphase der Weimarer Republik, als sich die wirtschaftliche Lage Deutschlands deutlich verschlechterte und die politischen Auseinandersetzungen sich drastisch verschärft hatten, wurden zunehmend Leserinnenbriefe gedruckt, die – sehr unspezifisch und nicht an einen konkreten Berichterstattungsanlass gebunden – die Qualität des jeweiligen Trägerblatts überschwänglich lobten, während sie gleichzeitig über andere Frauenillustrierte – zumeist die Blätter der konkurrierenden Parteien – ein vernichtendes Urteil fällten. Häufig vorzufinden war diese neue Form von Leserinnenbriefen beispielsweise in der *Polit-Illustrierten* aus dem kommunistischen Münzenberg-Konzern *Der Weg der Frau*, die sich auf diese Weise von ihrer

Konkurrenz, der SPD-Frauenillustrierten *Frauenwelt*, abzugrenzen suchte. Doch scheint es, dass diese Leserinnenzeitschriften eher den Marketing- und Propagandaabteilungen der Parteien entstammten als den Federn von Leserinnen. Zumindest lässt der Vergleich mit den ‚echten‘, thematisch gebundenen und zuweilen recht ‚unprofessionell‘ anmutenden Leserinnenbriefen in früheren Jahren den Schluss zu, dass inzwischen nicht mehr von Leserinnen um Inhalte und deren Artikulierung gerungen wurde, sondern dass eine von oben diktierte Instruktion Hintergrund war. Das Aushandeln von Themen und Positionen ‚von unten‘ wurde zusehends durch das Propagieren vorgefertigter Positionen zu gesetzten Themen ‚von oben‘ ersetzt.

Die Zeit des Nationalsozialismus

Betrachtet man die NS-Zeit, dann verschärft sich diese Entwicklung nochmals. Doch zunächst einmal mussten bereits im ersten Jahr unter nationalsozialistischer Herrschaft mindestens 48 im weiten Sinne politische Frauenzeitschriften das Erscheinen einstellen. Betroffen waren vor allem Partei-Zeitschriften und feministische Blätter (vgl. Kinnebrock 2007: 24), und mit der Schließung dieser Blätter wurden auch die politischen Diskurse innerhalb der ‚Frauenbewegungsöffentlichkeit‘ unterbunden und in die Privatsphäre verbannt. Aber selbst Blätter, die weiter erscheinen durften wie die emanzipationstheoretische Zeitschrift *Die Frau*, waren durch vielfältige Drangsalierungsmaßnahmen in ihren Möglichkeiten beschränkt, eigenständig Themen zu setzen oder frei zu kommentieren. Kritische Dispute rund um die Themen des Blattes scheinen sich auch hier zunehmend in private Briefe verlagert zu haben (vgl. Schaser 2000: 299-304).

Durch das Unterbinden der Diskurse in feministischen und nicht-nationalsozialistischen Blättern wurde allerdings keine grundsätzliche Entpolitisierung der politisch-aktuellen Frauenzeitschriften eingeleitet. Obgleich die NS-Zeit oft mit seichter (Ablenkungs-) Unterhaltung assoziiert wird oder zumindest der Rückzug auf unverfängliche und unpolitische Thematiken beklagt wird (vgl. exemplarisch Frei/Schmitz 1989: 71-95; Geiger/Weigel 1981: 223-225, vgl. dazu auch Thiele in diesem Band), so lässt sich mit Blick auf politisch-aktuelle Frauenzeitschriften keine eindeutige Entwicklung in Richtung Entpolitisierung feststellen. Denn es gab nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten einige Neugründungen von hochpolitischen

Frauenzeitschriften. Immerhin 20 politisch-aktuelle Frauenzeitschriften gründete die NSDAP, wobei ein Typus dominierte: die Mobilisierungs- und Schulungszeitschriften für Frauen.⁷

Diese Blätter konzentrierten sich auf die organisationsinterne Kommunikation von NS-Frauenschaft und Deutschem Frauenwerk. Zwar wollten auch sie über frauenpolitisch Relevantes informieren, doch unterschieden sie sich von anderen Typen politisch-aktueller Frauenzeitschriften insofern, als sie vor allem die Schulung in der Parteiideologie und deren Vermittlung, weniger die Diskussion der Parteirichtlinien anstrebten. Der Instruktionscharakter nahm zu, wobei bezeichnenderweise nicht nur einzelne Rezipientinnen in den Fokus der politischen Persuasion gerieten, sondern vielmehr die frauenpolitisch aktiven Öffentlichkeiten in ihrer Gesamtheit. Denn in den so genannten ‚Instruktionsblättern für Führerinnen‘ wurde – ähnlich wie in den NS-Pressenanweisungen – genau vorge-schrieben, wie Politik über so genannte ‚Führerinnen‘ in Frauenvereinen zu popularisieren, welche Themen wie zu diskutieren und welche Schlussfolgerungen zu ziehen seien. Sich frei entwickelnde Diskurse trugen und spiegelten diese Blätter freilich nicht. Sie waren nur noch Instrumente zur Lenkung und Kontrolle öffentlicher Kommunikation von oben. Propaganda ersetzte nun die zuvor diskursiv hergestellte ‚Frauenbewegungsöffentlichkeit‘.

Bezeichnenderweise wurde nicht nur die Kontrolle von politisch aktiven Frauenöffentlichkeiten exzessiv betrieben. Neben Frauen gerieten jetzt auch Kinder in den Fokus nationalsozialistischer Kontrollwut. In den *Arbeitsanregungen für die Kindergruppen der NS-Frauenschaft Gau Bayreuth* beispielsweise wurde den Leiterinnen von Kindergruppen genau erläutert, wie sie (traumatisierten) Kindern das grausame Kriegsgeschehens plausibel zu machen hätten und mit welchen Gesängen der Nationalismus der Kinder weiter gestärkt werden sollte.

Versucht man die Funktionen politisch-aktueller Frauenzeitschriften und ihre textlichen Manifestationen in konkreten Vermittlungsstrategien entlang der Zeitachse zu ordnen, so ergibt sich folgendes Bild (vgl. Tabelle).

7 Insgesamt ließen sich nach der ‚Machtergreifung‘ 30 Neugründungen von politischen Frauenzeitschriften in Deutschland nachweisen, wobei neben den 20 NSDAP-Blättern vier Frauenberufszeitschriften, vier kirchliche und zwei feministische Frauenzeitschriften gegründet wurden (vgl. Kinnebrock 2007: 45-53).

	Kaiserzeit	Weimarer Republik	Nationalsozialismus
<i>Medienfunktionen (kognitiver Bereich)</i>	Information/ Bildung (über verschiedene Gesellschaftsbereiche)	Gezielte Information (selektierte politische Information)	Lenkung (Propaganda-Information)
<i>Medienfunktionen (motivationaler Bereich)</i>	Stärkung des individuellen Handlungsvermögens	Mobilisierung (für Parteien oder Partikularinteressen)	Mobilisierung (für totalitäre NS-Ideologie)
<i>Medienfunktionen (interaktiver Bereich)</i>	Kommunikation/ Diskurs (Integration in die Frauenbewegung)	Integration/ Lenkung (entsprechend dem Parteikalkül)	Lenkung/ Instruktion/ Kontrolle (gemäß der totalitären NS-Ideologie)
<i>Medienfunktionen (affektiver Bereich)</i>	Unterhaltung (nur im Feuilleton)	Unterhaltung (durch Visualisierung, Personalisierung, Alltagsthematiken)	Kaum Unterhaltung (verlagert auf andere Medien)
<i>Prototypische politische Frauenzeitschrift</i>	Frauenbewegungszeitschrift	Polit-Illustrierte	Arbeitsbrief
<i>Charakterisierende Etiketten</i>	„Aufklärung“	„Parteilichkeit“	„Instruktion“

Tabelle: Dominante Funktionen und Vermittlungsstrategien im Zeitverlauf

RESÜMEE

Versucht man nun diese wechselhafte Entwicklung politisch-aktueller Frauenzeitschriften zu bilanzieren, so erstaunt es nicht, dass Medien in nationalsozialistischen Zeiten als Lenkungsinstrumente eingesetzt wurden. Doch es überrascht, dass ausgerechnet in der ‚undemokratischen‘ Kaiserzeit politisch-aktuelle Frauenzeitschriften Meinungsbildungsprozesse ‚von unten‘ trugen und ‚aufklärerische‘ Popularisierungsstrategien verfolgten. In den demokratischen Zeiten der Weimarer Republik hingegen wurden

politisch-aktuelle Frauenzeitschriften verstärkt als Instrument zur Mobilisierung genutzt, weniger als Plattform für Diskurse und kollektive Wissensgenerierung. Dabei wurden ‚boulevardeske‘ anstelle von ‚aufklärerischen‘ Popularisierungsmaßnahmen vermehrt eingesetzt.

Somit lässt sich zunächst resümieren, dass mit Bezug auf politische Frauenzeitschriften die demokratische Staatsform keinesfalls Voraussetzung für eine demokratische Willensbildung ‚von unten‘ war. Vielmehr scheint der offen und ungehindert ausgetragene politische Wettbewerb in der Weimarer Republik primär boulevardeske Popularisierungsmaßnahmen befördert und weniger das Reflektionsniveau des politischen Diskurses gehoben zu haben. Dieser Befund deutet zunächst darauf hin, dass Popularisierungsmaßnahmen sehr differenziert zu betrachten sind. Sie sind weder pauschal als reine Trivialisierung zu verdammen (wie dies oft unter dem zumeist pejorativ verwendeten Begriffen ‚Boulevardisierung‘ oder ‚Mediokratie‘ geschieht) noch als Königsweg zu feiern, der geradewegs zu mehr politischem Wissen, tiefer Reflexion und gesellschaftlicher Partizipation führt. Eine Differenzierung von ‚boulevardesker‘ und ‚aufklärerischer‘ Politikpopularisierung erscheint geraten. Konkret heißt dies, dass bei der Analyse von historischen (aber auch aktuellen) medialen Quellen immer die Frage aufgeworfen werden sollte, *wer* (ausschließlich professionelle KommunikatorInnen oder auch RezipientInnen?) mit *welchen Zielsetzungen* (vor allem Information oder Persuasion?) und *welchen Mitteln* (Anregung des Intellekts und Dialog einerseits oder Einseitigkeit und gegebenenfalls gar Manipulation andererseits?) kommunizierte. Auf diese Weise lässt sich eruieren, ob tatsächlich Dialoge initiiert wurden, die die Popularisierung von Wissen stets begleiten (vgl. Kretschmann 2003: 9). Dieses Vorgehen verlangt freilich, die Perspektive der RezipientInnen immer mitzudenken. Und sie lässt sich aus medialen Quellen deutlicher erschließen, als das übliche Lamento über die schwierige Rekonstruktion von historischen Rezeptionsprozessen Glauben macht (vgl. Wischermann 1996).

Betrachtet man die von Medien angestoßenen Kommunikationsprozesse in diesem Sinne genauer, so bleibt festzuhalten, dass die Prozesse kollektiver Wissensgenerierung und demokratischer Meinungsbildung vielleicht von den politischen Rahmenbedingungen unabhängiger sind als gemeinhin angenommen. In demokratischen Systemen mag zwar die Willensbildung in Parteiorganisationen ‚von unten‘ erfolgen, nicht aber gleichermaßen die Meinungsbildung in politischen Medien. Der Vergleich von politisch-aktuellen

Frauenzeitschriften der Kaiserzeit und der Weimarer Republik verdeutlicht, dass primär in Zeiten des formalen Ausschlusses von politischen Organisationen und Institutionen Medien eine zentrale Rolle bei der Artikulation von Interessen und dem kollektiven Erwerb politisch-gesellschaftlichen Wissens einnahmen.

LITERATUR

- Bernhard, Uli/Scharf, Wilfried (2008): „Infotainment“ in der Presse. Eine Längsschnittuntersuchung 1980-2007 dreier regionaler Tageszeitungen. *Publizistik* 53/2, S. 231-250.
- Burkart, Roland (2002): *Kommunikationswissenschaft. Grundlagen und Problemfelder. Umrisse einer interdisziplinären Sozialwissenschaft*. 4. überarbeitete und aktualisierte Auflage. Wien/Köln/Weimar: Böhlau/UTB.
- Bösch, Frank (2006): Katalysator der Demokratisierung? Presse, Politik und Gesellschaft vor 1914. In: Frank Bösch/Norbert Frei (Hg.): *Medialisierung und Demokratie im 20. Jahrhundert*. Göttingen: Wallstein, S. 25-47.
- Bösch, Frank/Frei, Norbert (2006): Die Ambivalenz der Medialisierung. Eine Einführung. In: Dies. (Hg.): *Medialisierung und Demokratie im 20. Jahrhundert*. Göttingen: Wallstein, S. 7-23.
- Donsbach, Wolfgang/Büttner, Katrin (2005): Boulevardisierungstrend in deutschen Fernsachrichten. Darstellungsmerkmale der Politikberichterstattung vor den Bundestagswahlen 1983, 1990 und 1998. *Publizistik* 50/1, S. 19-38.
- Dörner, Andreas/Vogt, Ludgera (1994): *Literatursoziologie: Literatur, Gesellschaft, Politische Kultur*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Dulinski, Ulrike (2003): *Sensationsjournalismus in Deutschland*. Konstanz: UVK.
- Engelsing, Rolf (1973): *Analphabetentum und Lektüre. Zur Sozialgeschichte des Lesens in Deutschland zwischen feudaler und industrieller Gesellschaft*. Stuttgart: J.B. Metzler.
- Engelsing, Rolf (1974): *Der Bürger als Leser. Lesergeschichte in Deutschland 1500-1800*. Stuttgart: J.B. Metzler.
- Fasel, Christoph (2004): *Nutzwertjournalismus*. Konstanz: UVK.
- Frevert, Ute (1995): „Mann und Weib, und Weib und Mann“. *Geschlechter-Differenzen in der Moderne*. München: C.H. Beck.

- Frevert, Ute (2001): Frauen-Geschichte zwischen bürgerlicher Verbesserung und neuer Weiblichkeit. Nachdruck der 1. Auflage [1986]. Frankfurt: Suhrkamp.
- Fulda, Bernhard (2006): Die Politik der Unpolitischen. Boulevard- und Massenpresse in den zwanziger und dreißiger Jahren. In: Frank Bösch/Norbert Frei (Hg.): Medialisierung und Demokratie im 20. Jahrhundert. Göttingen: Wallstein, S. 48-72.
- Geiger, Ruth-Esther/Weigel, Siegrid (1981): Sind das noch Damen? Vom gelehrten Frauenzimmer-Journal zum feministischen Journalismus. München: Frauenbuchverlag.
- Gerhard, Ute (1997): Grenzziehungen und Überschreitungen. Die Rechte der Frauen auf dem Weg in die politische Öffentlichkeit. In: Dies. (Hg.): Frauen in der Geschichte des Rechts. Von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart. München: C.H. Beck, S. 509-546.
- Gerhards, Jürgen/Neidhardt, Friedhelm (1991): Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze. In: Stefan Müller-Dohm/Klaus Neumann-Braun (Hg.): Öffentlichkeit - Kultur - Massenkommunikation. Beiträge zur Medien- und Kommunikationssoziologie. Oldenburg: Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg, S. 31-89.
- Hausen, Karin (1976): Die Polarisierung der „Geschlechtscharaktere“ – Eine Spiegelung der Dissoziationen von Erwerbs- und Familienleben. In: Werner Conze (Hg.): Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas. Stuttgart: Klett, S. 363-393.
- Hoffmann, Jana (2001): Boulevardisierung der seriösen Tagespresse. Wissenschaftliche Zeitschrift der Technischen Universität Dresden 50/1-2, S. 14-18.
- Jansen, Kerstin (2005): Bauchgefühl und Zufall entscheiden die Wahlen. SpiegelOnline vom 18.8.05, in: www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,370344,00.html; 19.8.08.
- Kepplinger, Hans Mathias (1998): Die Demontage der Politik in der Informationsgesellschaft, Freiburg/München: Karl Alber.
- Kinnebrock, Susanne (2007): Abschlussbericht zum Forschungsvorhaben „Politische Frauenzeitschriften und ihre Bedeutung für Kommunikationsprozesse innerhalb von Frauenöffentlichkeiten und frauenpolitisch aktiven Öffentlichkeiten in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus – eine vergleichende Betrachtung“, vorgelegt am 30. Juni 2007 beim Vizepräsidenten für Forschung, wissenschaftlichen Nachwuchs und internationale Angelegenheiten der Universität Erfurt, unveröffentlichtes Manuskript.

- Klaus, Elisabeth (1994): Von der heimlichen Öffentlichkeit der Frauen. In: Katharina Pühl (Red.): Geschlechterverhältnisse und Politik. Frankfurt: Suhrkamp, S. 72-97.
- Kretschmann, Christoph. (2003): Einleitung: Wissenspopularisierung – ein altes, neues Forschungsfeld. In: Ders. (Hg.): Wissenspopularisierung. Konzepte der Wissensverbreitung im Wandel. Berlin: Akademie-Verlag.
- Krüger, Michael/Zapf-Schramm, Thomas (2001): Boulevardisierungskluft im deutschen Fernsehen. *Media Perspektiven* 7, S. 326-344.
- Lang, Sabine (2004): Politik, Öffentlichkeit, Privatheit. In: Sieglinde K. Rosenberger/Birgit Sauer (Hg.): Politikwissenschaft und Geschlecht. Wien: WUV Fakultas, S. 65-82.
- McQuail, Denis (2001): *McQuail's Mass Communication Theory*. 4th Ed. London/Thousand Oaks/New Delhi: Sage.
- Marcinkowski, Frank/Greger, Volker/Hüning, Wolfgang (2001): Stabilität und Wandel der Semantik des Politischen. Theoretische Zugänge und empirische Befunde. In: Frank Marcinkowski (Hg.): Die Politik der Massenmedien. Heribert Schatz zum 65. Geburtstag. Köln: Herbert von Halem, S. 12-114.
- Meyer, Thomas (2001): Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien. Frankfurt: Suhrkamp.
- Nipperdey, Thomas (1990): Deutsche Geschichte 1866-1918. Erster Band: Arbeitswelt und Bürgergeist. München: C.H. Beck.
- Pürer, Heinz (2003): Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Ein Handbuch. Konstanz: UVK/UTB.
- Rosenbusch, Ute (1998): Der Weg zum Frauenwahlrecht in Deutschland. Baden-Baden: Nomos.
- Röser, Jutta (1992): Frauenzeitschriften und weiblicher Lebenszusammenhang. Themen, Konzepte und Leitbilder im sozialen Wandel. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Rubin, Alan M. (2002): The Uses-And-Gratifications Perspective of Media Effects. In: Jennings Bryant/Dolf Zillmann (Hg.): Media Effects. Advances in Theory and Research. 2nd Ed. Mahwah/London: Lawrence Erlbaum Associates, S. 525-548.
- Schaser, Angelika (2000): Helene Lange und Gertrud Bäumer. Eine politische Lebensgemeinschaft. Köln/Weimar/Wien: Böhlau.
- Schaser, Angelika (2006): Frauenbewegung in Deutschland 1948-1933. Darmstadt: WBG.
- Schenk, Michael (2002): Medienwirkungsforschung. 2., vollständig überarbeitete Auflage. Tübingen: Mohr Siebeck.

- Stehr, Nico (1994): Arbeit, Eigentum und Wissen. Zur Theorie der Wissensgesellschaft, Frankfurt: Suhrkamp.
- Tonscheidt, Sabine (1996): Frauenzeitschriften am Ende? Ostdeutsche Frauenpresse vor und nach der Wende 1989. Münster: LIT.
- Velsen, Dorothee von (1956): Im Alter die Fülle. Erinnerungen. Tübingen: Rainer Wunderlich.
- Weckel, Ulrike (1998): Zwischen Häuslichkeit und Öffentlichkeit. Die ersten deutschen Frauenzeitschriften im späten 18. Jahrhundert und ihr Publikum. Tübingen: Niemeyer.
- Wilke, Jürgen (2000): Grundzüge der Medien- und Kommunikationsgeschichte. Von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert. Köln/Weimar/Wien: Böhlau.
- Wischermann, Ulla (1996): Quellen und Methoden historischer Rezeptionsforschung. In: Gudrun Marci-Boehnecke/Petra Werner/Ulla Wischermann (Hg.): BlickRichtungFrauen. Theorien und Methoden geschlechtsspezifischer Rezeptionsforschung. Weinheim: Deutscher Studien Verlag, S. 133-146.
- Wischermann, Ulla (1998): Frauenpublizistik und Journalismus. Vom Vormärz bis zur Revolution von 1848. Weinheim: Deutscher Studien Verlag.
- Wischermann, Ulla (2003): Frauenbewegungen und Öffentlichkeiten um 1900. Netzwerke, Gegenöffentlichkeiten, Protestinszenierungen. Königstein/Taunus: Ulrike Helmer.